

rer Gewalt“; „der schlaue und sorgfältig vorbereitete internationale Plan, Kolumbien in einen marxistischen Staat zu verwandeln und es dann als Brückenkopf für die Errichtung der kommunistischen Herrschaft in ganz Lateinamerika zu nutzen“; der fortschreitende Niedergang der politischen Parteien (Quelle: *El catolicismo*, Bogotá, 6. 10. 85). Wie alle bischöflichen Erklärungen aus jüngerer Zeit ist auch die oben zitierte an erster Stelle von der beherrschenden Figur des Episkopats, Kardinal *Alfonso López Trujillo*, Erzbischof von Medellín, unterzeichnet. Es folgen der Erzbischof von Bogotá und Primas von Kolumbien, dann erst der Vorsitzende der Bischofskonferenz. Dies dürfte bei keiner anderen Bischofskonferenz Lateinamerikas Usus sein. Der 50jährige Kardinal López Trujillo war bereits Generalsekretär und Präsident des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, der ebenso wie die lateinamerikanische Vereinigung der Ordensleute CLAR seinen Sitz in Bogotá hat.

Auch die kolumbianische Kirche hat Priester und Pastoralarbeiter verloren, die wegen ihres Eintretens für die Schwachen und Armen in der Gesellschaft ermordet wurden. Der erste indianische Priester Kolumbiens, *Alvaro Ulcué*, wurde im November 1984 erschossen. Damals verteidigte der Episkopat die Arbeit des Priesters unter den Campesinos öffentlich. Die von einem Großgrundbesitzer gedungenen Mörder wurden gefaßt, nach einem beteiligten Feldweibel wird, wie es heißt, noch gefahndet. Im Februar wurde der Priester *Omar Acosta Montoya* und

einer seiner Mitarbeiter verschleppt; im Mai gab Amnesty International bekannt, daß ein Redaktionsmitglied der hierarchieunabhängigen Zeitschrift „Solidaridad“ ermordet, ein weiterer katholischer Laie gefoltert und schwer verletzt gefunden wurde.

Die sozial engagierten Priester und Laien sind nach der Auflösung der Golcondagruppe in den siebziger Jahren und jahrelangen Konflikten mit den Bischöfen nicht organisiert. Sie treten im Unterschied zu dem legendären, 1966 im Guerillaeinsatz von einer Militärpatrouille erschossenen Geistlichen *Camilo Torre* für gewaltlose Gesellschaftsveränderung ein und fühlen sich der Theologie der Befreiung verpflichtet, der die Bischofskonferenz geschlossen kritisch gegenübersteht. Die Bischöfe „regulieren“ die Tätigkeit dieser Priester unter anderem durch Versetzungen innerhalb des Bistums, was in den betroffenen Gemeinden wiederholt zu Protesten geführt hat. Als mehrere Guerilla-Organisationen im März gemeinsam an die Bischofskonferenz herantraten, mit dem Wunsch, Gespräche „über einen besseren Verlauf des Papstbesuchs“ zu führen, reagierten die Bischöfe nicht auf den offenen Brief. Guerilleros der M-19 übergaben zur selben Zeit ein Dokument mit dem Wunsch nach einem Treffen mit dem Papst. Ein Sprecher der Bischofskonferenz lehnte das mit der Begründung ab, das bereits festliegende Programm des Besuchs lasse keine Zeit mehr für eine Begegnung des Papstes mit der Guerilla.

Gabriele Burchardt

Zum Plan eines Friedenskonzils

Eine Stellungnahme von Norbert Greinacher

Als Antwort auf unsere Glosse im Maiheft über den Plan eines Friedenskonzils schickte uns der Tübinger Pastoraltheologe Professor Norbert Greinacher den folgenden Brief mit der Bitte um Wiedergabe. Wir drucken ihn gerne als persönliche Stellungnahme ab.

Vom 1. – 13. April 1986 habe ich zusammen mit Herrn Prof. Freiherr Carl Friedrich von Weizsäcker eine Reise nach Lateinamerika, genauer nach Brasilien, Chile, Peru und Kolumbien unternommen, um dort für das Vorhaben eine ökumenischen Konzils des Friedens zu sprechen. Wir hatten keinerlei Mandat von irgendeiner Institution oder irgendeiner Person, sondern haben auf die Kraft unserer Argumente vertraut. Die Konzeption, die wir in unzähligen Gesprächen mit Bischöfen, Kardinälen, Theologen, Priestern und Laien, katholischen und evangelischen Christen, Politikern usw. vertraten, könnte man auf folgendes Argumentationsschema reduzieren: Es gibt viele Christen in den reichen Ländern der nördlichen Halbkugel, die um das furchtbare Elend des Hungers der Menschen in der südlichen Halbkugel, um

die zum Himmel schreiende soziale Ungerechtigkeit in den Ländern Lateinamerikas wissen und die auf der Grundlage christlicher Nächstenliebe versuchen, sich mit Euren Problemen zu solidarisieren. Es gibt aber auch viele Christen im reichen Norden, die dauernd mit der stündlichen Gefahr eines atomaren Holocausts konfrontiert werden und die sich davor fürchten. Wir bitten Euch um Eure Solidarität mit unseren Sorgen und Problemen im Norden.

Voll Freude darf ich sagen, daß diese Argumentationsweise überall verstanden wurde. Ich kann mich an kein einziges Gespräch erinnern, wo das Vorhaben des ökumenischen Konzils des Friedens in Abrede gestellt wurde. Die meisten gaben uns das Versprechen, daß sie das in ihren Kräften Stehende tun würden, um dieses Konzil möglichst bald zu verwirklichen.

Als ich nun von meiner Reise zurückkam, las ich in der Mai-Nummer der Herder-Korrespondenz Ihren Artikel mit dem Titel „Friedenskonzil. Eine gutgemeinte, aber undurchführbare Idee“. Sie weisen in diesem Artikel auf

real existierende Schwierigkeiten hin: auf die Problematik des Namens Konzil, auf die Schwierigkeit, daß die katholische Kirche nicht Mitglied des Weltkirchenrates ist, auf das Vorhaben des Weltkirchenrates, eine „Weltkonferenz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ für 1988 einzuberufen usw.

Zur Verdeutlichung sei nur noch einmal auf dies hingewiesen. Das von Carl Friedrich von Weizsäcker unter hohem persönlichem Einsatz verfolgte Projekt, ein ökumenisches Konzil des Friedens einzuberufen, deckt sich im ganzen völlig mit dem Vorhaben des Weltkirchenrates, wie es auf der Vollversammlung in Vancouver in Kanada 1983 zum Beschluß erhoben wurde. Vielleicht mit zwei Akzentverschiebungen: Carl Friedrich von Weizsäcker ist auf der einen Seite davon überzeugt, daß die Gefahr so groß ist, daß das Konzil möglichst schon 1987, spätestens aber 1988 einberufen werden müßte. Zum anderen geht er mit Recht davon aus, daß die Verantwortung für das zur Diskussion stehende Problem so groß ist, daß die katholische Kirche unbedingt als aktiver Teil in dieses Vorhaben miteinbezogen werden muß, als einladende und nicht nur eingeladene Institution, so daß dieses Konzil nicht nur eine Angelegenheit des Weltkirchenrates sein kann.

Natürlich könnte man noch viel mehr Schwierigkeiten aufzählen, als Sie dies in Ihrem Artikel tun. Aber wieso soll dies eine undurchführbare Idee sein? Carl Friedrich von Weizsäcker betont immer wieder zu Recht: Wenn das Konzil (oder eine konziliare Versammlung oder eine Konvokation) nicht möglichst bald einberufen wird, dann fehlt es an gutem Willen dazu. Verblässen all die Schwierigkeiten, die Sie aufzählen, nicht angesichts der Größe der Gefahr? Verraten die christlichen Kirchen nicht die Sache Jesu, wenn sie nicht über all diese sekundären Schwierigkeiten hinweg sich zusammenfinden, um der Weltgesellschaft mit ihrer vereinten moralischen Kraft eine Wegweisung zu geben aus der tödlichen Krise heraus? Verlieren die christlichen Kirchen nicht ihren letzten Rest von Glaubwürdigkeit in dieser Welt, wenn sie sich, anstatt eine authentische christliche Antwort auf diese tödlichen Krisen zu geben, darüber streiten, ob

man sich unter dem Namen „Konzil“ oder „Weltkonferenz“ oder unter einem sonstigen Begriff zusammenfindet? Die Menschen heute interessieren sich mit Recht überhaupt nicht dafür, ob der Papst oder der Weltkirchenrat oder sonst jemand dazu einlädt, sondern sie warten darauf, ob der christliche Glaube – institutionalisiert in den christlichen Kirchen – überhaupt noch fähig ist, gemeinsam eine Aussage zu den Fragen zu machen, welche über die Zukunft der Menschheit entscheiden.

Wenn der Papst zum 27. Oktober 1986 zu einem Gebets- tag für den Frieden eingeladen hat, ist dies nur zu begrüßen und zu unterstützen. Es darf vielleicht in diesem Zusammenhang erinnert werden an die Worte von Reinhold Schneider in der Endphase des letzten Weltkrieges: „Allein den Betern wird es noch gelingen, das Schwert von unseren Häuptern abzuhalten, die Welt den richtenden Gewalten durch ein geheiligt Leben abzurufen.“ Aber das andere wird doch wohl auch klar sein: Gerade die Christen und die Vertreter der christlichen Religionen dürfen es doch wohl beim Beten allein nicht bewenden lassen. Wenn es möglich ist, daß Vertreter christlicher Religionen sich zum Gebet an einem Ort zusammenfinden, dann muß es ja doch wohl auch möglich sein, daß diese Vertreter nicht nur um den Frieden beten, sondern auch über die Verwirklichung des Friedens sprechen.

Das „Friedenskonzil: eine gutgemeinte, aber undurchführbare Idee“? Dietrich Bonhoeffer, von dem übrigens die Forderung nach einer Einberufung eines ökumenischen Konzils des Friedens im Jahre 1934 stammt, hat den christlichen Kirchen vorgeworfen, daß sie gregorianischen Choral gesungen haben, als die Juden verfolgt wurden. Wenn es den christlichen Kirchen nicht gelingt, sich vor Ablauf dieses Jahrzehnts zu einer ökumenischen Versammlung über Frieden und Gerechtigkeit zusammenzufinden und eine christliche Antwort auf die anstehenden Fragen zu geben, dann wird man ihnen zu Recht den schwerwiegenden Vorwurf machen müssen, daß sie sich über kirchenrechtliche und kirchenpolitische Fragen gestritten haben, während jährlich 80 Millionen Menschen verhungern, mehr als alle Toten des Zweiten Weltkrieges zusammen.

Norbert Greinacher

Kurzinformationen

Die Bischöfe von Luxemburg, Metz und Trier wenden sich an Kernkraftbefürworter und Kernkraftgegner.

Zu „einem neuen Denken und Handeln nicht unter Druck von Emotionen, sondern gelassen und bestimmt“ nach der Katastrophe von Tschernobyl rufen die Bischöfe von Luxemburg, Metz und Trier in einer gemeinsamen Erklärung auf, die Anfang Juni veröffentlicht wurde. Die Bischöfe wenden sich darin vor allem an die

Politiker. Diese würden es sich zu einfach machen, wenn sie nur die eigenen Meinungen und Entscheidungen gelten lassen und sich dabei gegenseitig zum Sündenbock stempeln. Es müsse deutlich werden, daß es bei der Kernkraft wie im politischen Raum überhaupt um wesentliche ethische und nicht allein um technische Entscheidungen gehe. An Verbände, Lehrer und Journalisten appellieren die Bischöfe, an der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken durch umfassende Informa-